

## Prinz Michael von und zu Liechtenstein<sup>1</sup> zu:

### «Staatskunst – Staatsaufgaben – Staatsausgaben»

---

Schlussworte des Präsidenten des liechtensteinischen Think Tanks ECAEF<sup>2</sup> anlässlich der 10. Internationalen Gottfried von Haberler Konferenz, die am 27. Juni 2014 in Vaduz durchgeführt wurde.

---

Geschätzte Damen und Herren

Ein höchst interessanter Konferenztag neigt sich seinem Ende zu. Es freut mich ausserordentlich zu sehen, dass die Aufmerksamkeit hier im Auditorium auch nach 9 Stunden noch allgegenwärtig ist.

Kurz möchte ich die sich zu Ende neigende 10. Internationale Gottfried von Haberler Konferenz zusammenfassen:

Den Auftakt gemacht hat Herr Regierungschef Adrian Hasler. Er sprach aus der Praxis und hat in seinen Ausführungen verdeutlicht, dass Regierende sich immer wieder aufs Neue mit den verschiedensten Fragestellungen konfrontiert sehen und man wahrlich darauf achten muss, sich stets zu hinterfragen, was denn nun tatsächlich in den Aufgabenbereich des Staates zu fallen hat und was allenfalls besser von privater Hand gelöst werden kann und soll. Auf die Eigenverantwortung des Einzelnen zu vertrauen, das sei einen wesentlicher Erfolgsfaktor in der Staatsführung. Die Grundhaltung der liechtensteinischen Regierung lautet dementsprechend auch: «So wenig Staat wie möglich, so viel Staat wie nötig.»

---

<sup>1</sup> Prinz Michael von und zu Liechtenstein ist Präsident des liberalen Think Tanks European Center of Austrian Economics Foundation ([www.ecaef.li](http://www.ecaef.li)), Präsident des Verwaltungsrats von Industrie- und Finanzkontor ([www.iuf.li](http://www.iuf.li)) sowie Gründer und Vorsitzender von Geopolitical Information Services AG ([www.geopolitical-info.com](http://www.geopolitical-info.com)).

<sup>2</sup> European Center of Austrian Economics Foundation, Herrengasse 21, 9490 Vaduz.

In der Folge eröffnete Peter Fischer von der Neuen Zürcher Zeitung die erste Session zum Thema «Staatsführung» mit einem Blick auf die globale Staatsverschuldung. Seine Ausführungen verdeutlichten, dass sich die Staatsverschuldung weltweit seit Ausbruch der Finanzkrise verschlimmert hat und insbesondere die führenden, «reichen» Staaten zu den grössten Schuldnern zu verkommen drohen. Das Hauptproblem lässt sich in einer fehlgeleiteten Finanzpolitik und einer überregulierten Wirtschaft orten, die dringend notwendigen Innovationen den Atem raubt.

S.D. Fürst Hans-Adam II., regierender Fürst von Liechtenstein, hat uns alsdann ein Modell für ein anderes Staatsverständnis vorgestellt. In seinem Buch «Der Staat im 3. Jahrtausend», das mittlerweile in 12 Sprachen übersetzt worden ist, beschreibt er den Staat als Dienstleistungsunternehmen für den Bürger. Ein Staatsmodell, das in erster Linie den Frieden, den Rechtsstaat, die Demokratie und den Wohlstand der Bevölkerung zum Zwecke hat. Und sich dementsprechend auf die dafür notwendigen Kernaufgaben konzentriert:

- eine aktive Aussenpolitik;
- die Aufrechterhaltung eines funktionierenden Rechtssystems;
- die Sicherung des Bildungswesens – jedoch nicht im Alleingang sondern in Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft beziehungsweise den Gemeinden;
- sowie die Staatsfinanzpolitik.

Aus seinen Ausführungen wurde hörbar, dass wenn sich ein Staat und seine Einheiten an den Prinzipien des Wettbewerbs und den Spielregeln eines direktdemokratischen Rechtsstaats orientiert, es in weiterer Folge fast nur Gewinner geben kann.

Auf diese Ausführungen folgte Mel Cappe, Wirtschaftsprofessor und langjähriger Berater der kanadischen Regierung, mit Gedanken zur Frage: «What Governments should never do?». Seine Antwort dazu kurz und präzise: «A Government should only do those things that only a Government can do!». Am Beispiel Kanada hat er uns aufgezeigt, wie Reformen erfolgreich sein können. Kanada hat zu Beginn der 90er Jahre 40% mehr ausgegeben als eingenommen. Dank strikter Fiskalreformen konnten die Ausgaben bereits im ersten Reformjahr um ein Fünftel gekürzt werden. Heute hat Kanada geordnete Staatsfinanzen und ein solides Bankensystem.

In die zweite Session zum Thema «Staatsaufgaben» startete Michael Wohlgemuth mit seinem Referat: «Der Staat als Schiedsrichter». Er hat die vorherrschende Paradoxie treffend aufgezeigt: so zeigen Meinungsumfragen auf, dass die Befragten «den Staat» als für fast alles zuständig erklären. Gleichzeitig aber geben dieselben Befragten an, dass sie den Politikern – die ja die Geschicke des Staates lenken – am wenigsten vertrauen. Das heisst, dass der Staat einerseits als Schiedsrichter gerufen wird, gleichzeitig aber als Spielverderber verrufen ist. Das Pendel schlägt zwischen Staatsgläubigkeit und Politikverdrossenheit hin und her. Es gilt, die Rolle des Staates schärfer zu definieren und (darüber) das Vertrauen in die Politik zu verbessern.

Geld ist das einzige weltweit anerkannte Tauschmittel. Der Staat zeigt sich für die (nationale) Geldproduktion verantwortlich und steuert den Währungswettbewerb. Thorsten Polleit widmete sich in seinen Ausführungen dem Geldwesen und warf die Frage in den Raum, ob ein Währungswettbewerb überhaupt möglich ist, solange es den «Staat» gibt und dieser das Monopol über die (nationale) Währung inne hat?

Juan Carlos Cachanosky, lateinamerikanischer Wirtschaftswissenschaftler, eröffnete die dritte Session unter dem Thema «Staatsausgaben» und übergab das Wort an Michael von Prollius, der sich mit der Frage auseinandergesetzt hat, wann Staatsausgaben legitim sind. Dazu erörterte er zuerst den Begriff «legitim» und hielt fest, dass nach Kant Legitimität eine Frage der Vernunft und des Rechts ist. Das Recht diene dazu, die Freiheit des einen mit der Freiheit des anderen unter allgemeinen Rechtsgesetzen in Einklang zu bringen. In diesem Sinne ist ein Staat dann legitim, wenn seine Handlungen mit diesem Grundsatz in Einklang stehen. Dement-

sprechend sind legitime Staatsausgaben jene Ausgaben, die für die Sicherung der Freiheit eingesetzt werden.

John Perry Barlow, Erfinder des Begriffs «Cyberspace» lenkte unsere Gedanken zum Abschluss auf das Internet und beantwortete die Frage: «Can anyone rule Cyberspace?» mit der Feststellung, dass es einerseits leicht ist, andererseits aber auch schwierig, staatlichen Einfluss und Kontrollen aus dem Cyberspace herauszuhalten. Was gerade im Hinblick auf das «the right to know» zu begrüßen sei. Er scheute sich aber auch nicht, den Nachteil dieser Feststellung aufzuzeigen, nämlich dass die Privatsphäre durch das Internet mehr oder weniger aufgehoben ist. Seine wesentliche Aussage jedoch war, dass die Schaffung von «Cyberspace» uns zwingen wird, sämtliche Macht- und Einflussverhältnisse neu zu definieren («The creation of Cyberspace has and will require the renegotiation of every existing power-relationship on earth.»).

Kurz vor Schluss nun ist es mir ein Anliegen, allen Beteiligten und Sponsoren an dieser Konferenz in Namen des Stiftungsrates meinen grossen Dank auszusprechen. Sie alle haben wesentlich zum Erfolg der 10. Internationalen Gottfried von Haberler Konferenz beigetragen! Ein besonderer Dank gilt unserem akademischen Leiter, Professor Kurt Leube, der sich mit viel Herzblut der Programmfestsetzung widmet. Er hat heute Geburtstag und dazu möchte ich Ihnen, Professor Leube, von Herzen gratulieren.

Das ECAEF ist ein in Liechtenstein angesiedelter Think Tank. Liechtenstein eignet sich hervorragend als Standort für liberale Think Tanks, da das Land selbst ein liberales Vorbild ist. Was wollen wir mit dem ECAEF erreichen? Die Vorteile der Prinzipien von Eigenverantwortung, unternehmerische Freiheit, so viel Staat wie notwendig und eine freie Marktwirtschaft wieder ins Bewusstsein zu rücken.

Nun verbleibt mir nur mehr noch eines zu sagen: vielen Dank für Ihre Anwesenheit und Ihre Aufmerksamkeit und kommen Sie gut nach Hause! Wir, das ECAEF, würden uns sehr freuen, Sie auch im nächsten Jahr hier in Vaduz begrüßen zu dürfen, wenn es heisst: Herzlich Willkommen zur 11. Internationalen Gottfried von Haberler Konferenz!